

Wahlcheck des BUND M-V zur Landtagswahl M-V 2021								
Fragen zum Thema Nutztierhaltung								
Partei	Werden Sie sich nach den Großbränden in den Schweineställen in Kobrow und Alt Telle für einsetzen, dass Bestandsbegrenzungen für die Tierhaltung pro Standort und Betrieb eingeführt werden, die sich an bewährten Standards für tiergerechte Haltung (z.B. Neuland) und der Rettung von Tieren im Brandfall orientieren?	Werden Sie sich dafür engagieren, dass sämtliche Tierhaltungsanlagen im Bestand auf einen wirksamen Brand- und Katastrophenschutz hin überprüft und ggf. angepasst werden?	Werden Sie schnellstmöglich die Landesbauordnung M-V um konkrete Regeln für einen wirksamen Brandschutz in Tierhaltungsanlagen ergänzen?	Werden Sie das Agrarinvestitionsförderprogramm für M-V konsequent so ausrichten, dass im Bereich der Tierhaltung ausschließlich kleinere und mittlere Betriebe mit tiergemäßer Haltung gefördert werden?	Werden Sie dafür sorgen, dass der Neubau von Tierhaltungsanlagen nur noch möglich ist, wenn 75% des Futterbedarfs einschließlich Eweilfütterer tatsächlich auf eigenen Flächen angebaut wird, die Tiere mit Einstreu und Auslauf gehalten werden und artgerechten Bedürfnissen wie Wühlen, Scharen und Aufbaum (Hühner) nachkommen können?	Werden Sie dafür eintreten, dass in M-V ein Klagerrecht für den Tierschutz eingeführt wird, wie es bereits in 8 weiteren Bundesländern geschehen ist?	Industrielle Tierhaltungsanlagen, wie z.B. in Neubukow, haben immer wieder auch zu Verunreinigungen von Gewässern mit dem Tod zahlreicher Fische und anderer Arten geführt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es keine neuen Genehmigungen für Mastanlagen und andere Großanlagen mit wassergefährdenden Stoffen im Einzugsbereich von Gewässern gibt und dass sämtliche Altanlagen auf ihre Sicherheit bezüglich wassergefährdender Stoffe überprüft werden?	
PIRATEN	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Bündnis 90/Die Grünen M-V	ja. Erläuterungen: Nur aus Gründen des Brandschutzes hat sich gezeigt, dass wir die Nutzerbestände in Tierhaltungsanlagen begrenzen müssen. Kleinere Bestände haben eher die Möglichkeit, eine tiergemäße Haltung zu garantieren. Bündnis 90/Die Grünen treten bereits viele Jahrzehnte für eine solche Begrenzung der Nutzerbestände pro Standort ein. Auch bei diesem Thema werden wir nicht locker lassen.	ja. Erläuterungen: Wir halten eine solche Überprüfung für dringend erforderlich.	ja. Erläuterungen: Bündnis 90/Die Grünen haben bereits bei der letzten Novelle der Landesbauordnung M-V gefordert, die notwendigen Anpassungen zum Thema Brandschutz in Tierhaltungsanlagen vorzunehmen. Wir werden uns weiter engagiert für dieses Ziel einsetzen.	ja	ja	ja	ja	ja
Bündnis C - Christen für Deutschland	unentschieden	ja	ja	ja. Erläuterungen: Ziel muss es sein, einer "gesunden Landwirtschaft" eine Zukunft zu geben	unentschieden. Erläuterungen: a) kein Rückfall in mittelalterliche Subsistenzwirtschaft, die Handel und Arbeitstellung einschränkt; b) aber klares Votum für artgerechte Tierhaltung	nein	ja	ja
SPD M-V	ja. Erläuterungen: Zur Einführung von Bestandsbegrenzungen und Tieren in Tierhaltungsanlagen haben wir eine Bundesratsinitiative mit Blick auf den Brandschutz gestartet. Wir setzen uns für eine regionaverträgliche, flächengebundene Tierhaltung von 2 GV/ha ein.	ja	unentschieden. Erläuterungen: Die Landesbauordnung ist nicht die einzige Stelle, an der entsprechende Regelungen getroffen werden können.	nein. Erläuterungen: Das Programm ist unabhängig von der Betriebsgröße auf die Verbesserung des Tierwohls (tiergerechte Haltung) ausgerichtet, die 2 GV sind in der Richtlinie umgesetzt.	nein	unentschieden. Erläuterungen: Dazu gibt es noch keine Beschlusslage der Partei.	unentschieden	unentschieden
Freiparlamentarische Allianz, FPA	unentschieden	ja	ja	unentschieden. Erläuterungen: Die Strategie Förderungen nach der Fläche von Höfen auszuschießen, läuft uns zu wider. Welche Förderungskriterien stattdessen verwendet werden sollten, müsste noch erarbeitet und diskutiert werden. Dies kann natürlich Teil davon sein.	unentschieden	unentschieden. Erläuterungen: ist ein interessanter Punkt, der verfolgt werden kann. Die Frage ist hier nur, wollen wir eine Politik des Klagens oder die Politik eines gemeinsamen Austausches und gemeinsamen Lösungsfinden voranbringen.	ja. Erläuterungen: Das sind auf jeden Fall Punkte, die bei Planungen berücksichtigt und sichtbar gemacht werden müssen. Es ist frustrierend zu sehen, dass solche Fehler immer wieder in der Politik passieren - ob unbewusst oder bewusst.	ja
Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei	ja. Erläuterungen: Genehmigungen sind immer zeitlich zu befristen.	ja	ja	nein. Erläuterungen: Die tiergerechte Haltung hängt nicht von der Betriebsgröße ab.	ja	unentschieden	ja. Erläuterungen: Landwirtschaftliche Anlagen müssen wie industrielle Anlagen beurteilt werden.	ja
DIE LINKE M-V	ja	ja	ja	ja. Erläuterungen: Wir wollen eine bodengebundene Tierhaltung. Insofern setzen Flächenbegrenzung zur Futtererzeugung auch Grenzen in der Tierhaltung. Das sorgt neben Obergrenzen für Tierhaltungsanlagen dafür, dass Standorte nicht überfordert werden.	nein. Erläuterungen: Die Definition von Landwirtschaft im Baugesetzbuch sowie geltende Rechtsgrundlagen sind Kriterien für den Neubau. Werden sie eingehalten, muss genehmigt werden. Es gilt die rechtlichen Grundlagen auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls anzupassen.	ja	ja	ja
CDU M-V	nein	ja	ja	nein. Erläuterungen: Gerade größere Unternehmen sind in der Lage die gesellschaftlichen Forderungen an Tierwohl, Umwelt- und Klimaschutz umzusetzen. Kleineren Unternehmen fehlt hierfür oft die Finanzkraft.	nein. Erläuterungen: Wir setzen uns für eine regionale bodengebundene Tierhaltung ein. Die anderen Forderungen, wie z. Bsp. Auslauf stehen Forderungen des Klimaschutzes entgegen oder überfordern die Unternehmen.	nein. Erläuterungen: Die Vorgaben für die Genehmigung solcher Anlagen sind im Bundesemissionschutzgesetz definiert. Die Belange des Gewässerschutzes werden bei den Genehmigungen berücksichtigt.	nein	nein
FREIER HORIZONT	ja	ja	ja	ja	ja	nein. Erläuterungen: Landwirte dürfen nicht pauschal diskriminiert und kriminalisiert werden. Es ist in Sachen Tierschutz zu viel mangelnder Sachverstand unterwegs. Es gibt geeignete Möglichkeiten, besseren Tierschutz zu erreichen.	ja	ja
AfD M-V	ja	nein	nein	nein	unentschieden	nein	nein	nein
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	ja. Erläuterungen: Wir sind für die Abschaffung der Massentierhaltung, weil Großanlagen unbeherrschbar sind	ja	ja. Erläuterungen: Der wirksamste Brandschutz ist die Abschaffung überdimensionierter Tierhaltungsanlagen	ja	ja	ja	ja	ja
FDP	nein. Erläuterungen: Bestehende Brand- und baurechtliche Schutzvorschriften müssen in allen Haltungssystemen konsequent eingehalten und kontrolliert werden. Pauschale Bestandsbegrenzungen für den Tierbestand pro Betrieb lehnen wir ab.	ja. Erläuterungen: Die geltenden Vorschriften zum Brandschutz müssen eingehalten und kontrolliert werden.	unentschieden. Erläuterungen: Anstatt nach immer neuen Regelungen zu rufen, setzen wir darauf, dass geltende Regeln konsequent eingehalten und kontrolliert werden. Nur wenn der Regelungsgehalt unzureichend ist, wird eine Ergänzung notwendig.	nein. Erläuterungen: Eine Verengung der Förderprogramme ausschließlich auf kleinere und mittlere Betriebe lehnen wir ab. Tiergerechte Haltung hängt nicht an der Größe des Betriebes. Ganz im Gegenteil - oft können moderne Methoden, die besonders hohen tierethischen und ökologischen Standards genügen, nur in großen Betrieben wirtschaftlich verwendet werden	nein. Erläuterungen: Die Verpflichtung des Anbaus der Futtermittel im eigenen Betrieb, führt dazu, dass tierhaltende Betriebe als neue Akteure auf den Bodenmarkt gezwungen werden. Das führt zu unnötigen Verwerfungen am Markt zum Nachteil aller landwirtschaftlicher Betriebe. Wir setzen hingegen auf Kooperationen zwischen verschiedenen Landwirtschaftsbetrieben in einer Region. Um den Neubau von Ställen überhaupt zu ermöglichen, müssen Widersprüche zwischen konkurrierenden Rechtsbereichen, wie zwischen Tierwohl und Immissionsschutz, dringend aufgelöst werden.	nein. Erläuterungen: Wir sprechen uns gegen ein Verbandsklagerrecht im Tierschutz aus.	nein. Erläuterungen: Alle Anlagen, die mit gefährlichen Stoffen arbeiten, müssen die geltenden Auflagen erfüllen und sicherstellen, dass ein Entweichen der Stoffe in die Umwelt verhindert wird. Ein pauschales Verbot lehnen wir aber ab und wollen stattdessen bestehende Regeln wirksam kontrollieren.	nein